

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 7. 39. Jg.

12. Febr. 1926

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit *Graph. Technik* 6,50 Mk. monatlich exkl. Zustellung. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungskatalog Nr. 3573) Für die Länder des Weltpostvereins 1, — Mk.

Redaktion:
Hans Ronner, Berlin N 24, Elsassersstraße 86-88 III. Redaktions-
schluß: Montag, Telefon Amt Norden 4268.
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24. — Druck und Expedition:
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Auguststraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonparallelezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten.* **Postverlagsgesellschaft Schkeuditz.**

Kollege, hole vor jedem Stellungswechsel Auskunft ein!

Wieder gibt die Verbandsleitung den Kollegen das Adressenverzeichnis der Auskunftserteiler in die Hände, die unausgesprochene Mahnung damit verbindend: Holt vor jedem Stellungswechsel bei dem als Auskunftserteiler berufenen Kollegen Erkundigung ein! Vor Abschluß eines neuen Arbeitsverhältnisses Erkundigung einzuholen ist die statutarische Pflicht jedes Kollegen. Denn die Verbandsstatuten sagen diesbezüglich, daß jedes Verbandsmitglied verpflichtet ist, vor Abschluß einer Arbeitsverpflichtung mittels der vorgedruckten Anfragekarte beim örtlichen Auskunftserteiler Auskunft einzuholen. Wer dieser Pflicht nicht Genüge leistet, kann im Bezuge der Unterstützungen geschnitten, ja sogar aus dem Verbands ausgeschlossen werden. In Erkenntnis der Tatsache, daß aus dem Verbands nur ausgeschlossen wird, wer sich in schwerster Weise gegen die Interessen der Kollegen vergeht, möge jeder Kollege die Pflicht der Einholung von Auskunft vor Abschluß einer neuen Arbeitsverpflichtung beachten.

Dazu liegt jetzt auch die Pflicht aus Gründen der Selbsterhaltung vor. Wie allen Kollegen zur Genüge bekannt ist, sind die Unternehmer unserer Gewerbe drauf und dran, die Löhne der Kollegen abzubauen. Kein Mittel ist ihnen zu schäbig, als daß es nicht in den Dienst der „guten“ Sache gestellt werden könnte. Zu welchen Leistungen man sich dabei versteigt, hat die Denunziation der Kollegen bei der Erwerbslosenfürsorge gezeigt. Obwohl man dabei nicht viel erben konnte, zeigt dieser Vorgang so recht deutlich, wohin die Fahrt gehen soll. Lohnabbau ist die Parole der Unternehmer, weil angeblich das Gewerbe die hohen Löhne nicht tragen kann! Selbstverständlich sind die Unternehmer für diese Behauptung den Beweis bisher schuldig geblieben. Sie behaupten einfach — und die Gehilfen haben sich zu fügen. So hängt aber der Hut nicht, und da die Gehilfen auch ein Teil, und zwar ein erheblicher Teil des Gewerbes sind, bleiben sie bei ihrer Forderung, daß für ihre gewerbliche Arbeitsleistung als Gegenleistung an Arbeitslohn so viel gezahlt wird, daß ein Leben als Mensch möglich ist. Da die Unternehmer sich bisher noch immer dagegen sträuben, die gewerbliche Ebenbürtigkeit der Gehilfen in vollem Umfange anzuerkennen, vielmehr der Meinung sind, daß es nur ihrem Urteil unterliegt, was das Gewerbe zu tragen in der Lage ist, wird der Kampf um den Anteil, der den Gehilfen aus dem Ertrage der gewerblichen Produktion gehört, geführt werden müssen. Und dieser Kampf ist der Kampf um die Höhe des Arbeitslohnes.

Obwohl es eigentlich nicht Aufgabe unseres verbandlichen Auskunftswesens ist, in den Kampf um einen gerechten und auskömmlichen Lohn einzugreifen, zwingen die ergriffenen Unternehmermaßnahmen dazu. Die Gehilfen wären wirklich gesegnete Efel, wenn sie den Unternehmermaßnahmen nicht Gegenmaßnahmen entgegensetzten. Das Ziel dieser Gegenmaßnahmen muß sein, den Unternehmern den törichtesten Glauben zu nehmen, mit Hilfe einer noch künstlich gesteigerten Arbeitslosigkeit die Löhne drücken zu können. Aufgabe der Gehilfen ist es deshalb, keinen Arbeitsplatz zu einem niedrigeren Arbeitslohn zu befehlen als er bisher befehlet war. Auskunft darüber, wie hoch bisher der Arbeitslohn für die freie Stelle war, gibt die Auskunftskarte.

Holt deshalb vor Abschluß jedes neuen Arbeitsverhältnisses Auskunft ein!

Zwischenkredite an die Wirtschaft.

Die deutsche Regierung hat sich entschlossen, der Wirtschaft in gewisser Beziehung Zwischenkredite zu gewähren. Mit Hilfe dieser Zwischenkredite soll die Reichsbahn in die Lage versetzt werden, die in diesem Frühjahr notwendig werdenden Aufträge schon jetzt zu vergeben. Es handelt sich um einen Kredit von 50 Millionen Mark. Davon sollen auf die Waggonbauindustrie 15 bis 20 Millionen entfallen, der Rest verteilt sich auf die Lokomotivindustrie, Oberbaumaterial (Schienen, Schwellen usw.), Brückenbau und sonstige Bauten, die von der Reichsbahn regulär zu vergeben sind.

Daneben soll bekanntlich eine Exportkreditversicherung mit staatlicher Hilfe ins Leben gerufen werden, die den Zweck haben soll, die Exportindustrie und den Exporthandel über schwierige Situationen hinwegzuhelfen. Bei dem für Rußland ins Auge gefaßten Finanzierungs-kredit, der von deutschen Banken gewährt werden soll, will man die Bürgschaft des Reiches nachsuchen: Alles was hier besprochen, soll dazu dienen, die Wirtschaftskrise zu mildern und die Arbeitslosigkeit zu bannen, soweit dies möglich ist. Erstaunlich ist hierbei, daß das Reich von allen Seiten um Hilfe angegangen wird. Natürlich nicht zuletzt von jenen Leuten, die sich in dem Geschrei um die Herabsetzung der Steuern nicht genug tun können und dem Reich am liebsten überhaupt keine Steuern gewähren würden. So ist nun eben die Logik dieser Herren. Sie stehen auf dem Standpunkt: nehmen ist seliger denn geben.

Die Ankerbelungskredite selbst haben eine gute und eine schlechte Seite. Die gute liegt in der Richtung, daß die Erwerbslosigkeit vermindert wird und damit das deutsche Wirtschaftsleben einen normalen Verlauf erhält. Momente, die an sich durchaus begrüßenswert sind und Einwendungen nicht am Platze sind. Dennoch ist auch die Kehrseite der Medaille zu beachten. Diese liegt darin, daß ein gesundes Auslaufen der Krise verhindert wird. Von sich aus war die kapitalistische Wirtschaft Deutschlands nicht in der Lage, den Reorganisationsprozeß der Industrie soweit durchzuführen, daß er als gesund

anzusprechen ist. Es mußte deshalb eine Katastrophe kommen, die mit Gewalt das herbeiführte, was gutwillig nicht zu erlangen war. Dieser natürliche Ausscheidungsprozeß alles Kranken und Überflüssigen wird durch allzufrühe Ankerbelung gehemmt. Ein weiterer Grund, einen natürlichen Verlauf der Krise nicht zu hemmen, liegt in der Preisentwicklung. Das Merkmal einer natürlichen Krise lag in der Rebellion gegen eine zu hohe Preisentwicklung. Die Krise konnte in der Regel als beendet gelten, wenn die Preise soweit gesenkt worden waren, daß die sonst unverkäuflichen Waren den natürlichen Absatz fanden. Also Kaufkraftschöpfung durch Senkung der Preise. Daß das bisherige Resultat der jetzigen Krise hier noch nicht genügend vorgearbeitet hat, dürfte keiner langen Beweisführung bedürfen. Mithin liegt eine außerordentliche Gefahr darin, daß mittels staatlicher Hilfe wiederum eine Brausepulverkonjunktur geschaffen werden soll, wie wir sie in den verflochtenen zwei Jahren so oft erlebt haben. Ein gesunder Aufschwung mußte ausbleiben, weil eine Gesundheitskrise durch künstliche Mittel im Keime erstickt wurde.

Sel dem wie ihm sei. Die bisher ins Auge gefaßten Kreditthilfen gehen nicht über ein normales Maß hinaus. Das Hemd ist jetzt näher als der Rock. Die Beschäftigungslosigkeit ist so überaus schwer, daß eine Milderung dieses Elends immerhin zu begrüßen ist.

„Wirtschaft“.

Kreditmangel! 1 1/2 Millionen Arbeitslose, ungezählte Kurzarbeiter leiden bitterste Not, nicht, weil keine Lebensmittel, Rohstoffe und Maschinen vorhanden wären um zu produzieren, sondern weil der Blutkreislauf der kapitalistischen Wirtschaft stockt. In Nr. 5 der „Graphischen Presse“ stand, daß Mangel an Zahlungsmittel nicht zu erkennen ist, sondern Anhäufung derselben in wenigen Händen, und die Krise mehr eine solche des fehlenden Vertrauens ist, hervorgerufen durch die Wechselreitereien des letzten Jahres.

Eine „Notiz in der „Meßamtlichen Wirtschaft“ und Exportzeitung“ vom 3. Februar 1926 wirkt in diesem Zusammenhang in ihrer trocke-

nen Nüchternheit am stärksten ohne Kommentar. *Oberfülle auf dem offenen Geldmarkt — und Kreditnot!*

Ein beachtenswertes Symptom für die ungesunden Verhältnisse, die gegenwärtig infolge der Oberfülle täglicher Gelder auf dem offenen Markt herrschen, ist die Tatsache, daß die Deutsche Girozentrale in den letzten Tagen vielfach nicht in der Lage war, die Beträge, die ihr als täglich fälliges Geld von den einzelnen Giroverbindungen zu flößen, unterzubringen. Es mußten mehrfach erhebliche Summen, an einzelnen Tagen bis zu 30 Millionen Mark, zinslos bei der Reichsbank liegen bleiben. — n — l.

Wie du es nicht machen sollst!

Durch die Presse gehen folgende 10 Gebote für Unfallversicherte und Unfallverletzte, die treffend angeben, wie man es nicht machen soll:

1. Benütze nie Schutzvorrichtungen, Schutzbrillen usw. Wenn solche angebracht oder vorhanden sind, nehme sie weg. Laß alle Vorsicht außer Acht. So erleidest du leicht und sicher einen Betriebsunfall.
2. Ein Betriebsunfall bringt dir sofortige und dauernde Vorteile. Nicht nur dir, auch deinen Angehörigen und Hinterbliebenen.
3. Wenn du glücklich einen Unfall erlitten hast, Sorge dafür, daß er nicht zur Kenntnis der Betriebsleitung kommt, daß auch deine Mitarbeiter nichts davon erfahren. Verhindere die Unfallmeldung mit allen Mitteln.
4. Es steht dir eine Verjährungsfrist von zwei Jahren zu. Nach Ablauf von zwei Jahren ist die Beweisführung viel leichter. Deine Mitarbeiter werden den Unfall dann noch in frischer Erinnerung haben.
5. Trete nicht eher in ärztliche Behandlung, als mit 40 Grad Fieber. Vermeide beim Arzt jede Mitteilung, daß dein Leiden auf einen Unfall zurückzuführen ist.
6. Wenn die Unfallmeldung ohne dein Zutun erfolgt, so mache, wenn die Behörden Erhebungen pflegen, möglichst viel nebensächliche und unklare Angaben. Die Berufsgenossenschaft wird sicher das heraussuchen, was zu deinen Gunsten spricht.

7. Wenn du den Rentenbescheid bekommst, gegen den du innerhalb eines Monats Berufung einlegen kannst, so lasse ihn vier Wochen zu Hause liegen. Der letzte Tag reicht zur Sammlung von Beweisen, zur Berufungseinlegung und Begründung vollkommen aus.

8. Den Briefumschlag, in dem der Bescheid zugestellt wird, werfe weg. Es könnte sonst später der Tag der Zustellung und der Ablauf der Frist festgestellt werden.

9. Wende dich niemals an ein Arbeitersekretariat. Es wäre zu befürchten, daß dort deine Sache zweckentsprechend behandelt wird.

10. Wenn du aber doch die Hilfe eines Arbeitersekretariats in Anspruch nehmen willst, so warte solange, bis deine Sache durch alle Instanzen hindurch verloren ist.

Die Lösung des „kleinen Rechenexempels“.

Kollege —y— hat uns in Nr. 4 der „Graphischen Presse“ mittels Zahlen und Hinweisen auf soziale und politische Forderungen bzw. deren Versagen die glänzenden Aussichten unserer Republik eröffnet, „in der es eine Lust ist zu leben“, wie damals ein württembergischer sozialdemokratischer Minister gesagt hat. Nun ist die „Graphische Presse“ nicht d'r Ort, um über parteipolitische Fragen zu diskutieren und es soll auf das angeschnittene Thema nur insoweit eingegangen werden, als es auch unsere Gewerkschaft betrifft. Im vornehmsten will ich betonen, daß Kollege —y— im allgemeinen nur zu recht hat, doch ist die Sache in allen, auch der dritten und vierten Konsequenz zu Ende zu denken. Wie mir scheint, hat Kollege —y— dies nur oberflächlich getan. Freilich konnte man in gleichem Sinne wie er, über die verschiedensten Dinge der Vor- und Nachkriegszeit Vergleiche anstellen, die statistisch und zahlenmäßig durchaus nicht im Einklang ständen und ein Mißverhältnis zwischen damals und unserer jetzigen Armut darzeigten. Wiederum gibt es viele Einrichtungen und Ämter (wie die des Wohnungsgesetzes), die viel Geld kosten, aber im Prinzip eine sittlich-moralische Maßnahme sind. Jedoch die Ausgaben für unser Kaiserheer und der jetzigen Reichswehr so gegenüber zu stellen, ist mindestens ein schiefer Vergleich, da doch die Grundlagen beider ganz verschieden sind. Damit verlieren natürlich die prinzipiellen Argumente und Bedenken, die man mit Recht gegen die Reichswehr richtet, ihre Beweis- und Schlagkraft nicht. Will man aber unter anderem auch die Verfahrenheit einer gewissen Politik, deren Mauerwerk und Unwirksamkeit aufzeigen, wie allen nach Kollegen —y—, der seinem gepeinigten Herzen in der verlaubbartigen Unzufriedenheit durch naiv-scharf-politische Schreibart Luft gab samt einigen Vorschlägen, so müßte ein solches Bemühen, um wirksam zu sein, in konsequent-logischer Begriffsform aufgebaut und in seinen Zusammenhängen etwas tiefer geschaut sein. Daß es hier etwas hapert, möchte ich im folgenden etwas beleuchten, den gesunden Kern der Ausführungen des Kollegen —y— nicht berührend.

Zunächst, was die zum Teil gerechtfertigte und wiederum doch ungerechtfertigte Unzufriedenheit mit der in unsern Kreisen meist üblichen politischen Tätigkeit anlangt, darüber einige Worte. Man könnte über das Verhältnis der numerischen und organisatorischen Stärke der Arbeiterschaft und dem tatsächlich Erreichten in Staats-, Sozial- und Wirtschaftspolitik, je nach dem eingenommenen Standpunkte des Betrachters, froh sein bzw. voller Wehmut urteilen. Es ist auch nicht die alleinige Entdeckung der Kommunisten, daß die sozialdemokratische Politik opportunistisch, duldsam und behutsam geworden ist (es sei nur auf plötzliche Vaterländischekeit während des Krieges und seitdem erinnert). Das gleiche trifft zu bei den Gewerkschaften. Diese Wahrheit pfeifen die Spatzen auf den Dächern und ihre Tatsache beweist allein das Dasein — der kommunistischen Partei, in die sich die revolutionär-radikalen Elemente zurückzogen.

Etwas anderes ist es, wie man sich diese Tatsachen samt ihren Folgerungen aus der Entwicklung erklärt bzw. dazu Stellung nimmt. Aus dieser notwendigen Entwicklung der Dinge heraus den „Führern der Arbeiterschaft“ — da ist doch die SPD gemeint — Vorwürfe zu machen, auf das Schuldbewußtsein dieser Führer anzuspielen wie es Kollege —y— versteht tut, oder gar Verräterei abzuleiten, von deren Anwürfen die kommunistischen Zeitungen überall sind (so daß durch sogar ein Teil ihrer Anhänger „schon faktisch überläuft“) ist wenig angebracht und erfährt die Dinge, unbeschwert des historischen Gesichtspunktes, nur an der Oberfläche. Tiefer betrachtet ist dieses unentbehrbare Schicksal jeder großen Bewegung — die Ent-radikalisierung — durchaus verständlich, sobald man in Betracht zieht, daß mit der notwendig werdenden Mitarbeit an den Zeitaufgaben eine Radikalistik notwendig aufhört

und eine gewisse Anpassung an die bestehenden Verhältnisse erfolgen muß. Schicksal deshalb, weil die Entwicklung völlig unbehindert um der einzelnen Geister Widerstand sich vollzieht. Sogar die weiteren Folgerungen sind zu verstehen: wenn ein großer, relativ mächtig gewordener Apparat im Gleichgewicht zu halten ist, auch ein komplizierter Mechanismus, ein gut funktionierendes Ineinandergreifen aller seiner Teile durchaus notwendig wird — was wie man es sonst vielfach tut — mit „Bureaucratismus und Bonzenwirtschaft“ schlechterdings übel bezeichnet wird und solange eine unehrliche Kampfweise darstellt, als man selbst „Auswüchse“ nicht auch als menschlich und überall vorkommend und vorhanden ansieht. Betreffs Benennung dieser Erscheinungen als „Alterserscheinung“ sei gesagt, daß von der Jugend eine gewisse Reife und Lebenserfahrung und Vorsicht, um vor Schaden zu bewahren, ebenso benamset wird. Im allgemeinen konnte man annehmen: daß die Zu- oder Abnahme der einen Arbeiterpartei zum Regulativ der Taktik der anderen wird. Insofern könnte man auch die Wirksamkeit der beiden Parteien als sich ergänzend ansehen und eine Einigung in rechter und linker Flügel wäre gegeben, wenn — das gleiche Ziel wäre und eben nicht noch ein fundamentaler Unterschied bestände, was die Forderung nach Radikalisierung — wie es im Effekt seiner Ausführungen vom Kollegen —y— der sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften gegenüber angeraten wird — unangebracht erscheinen läßt, da sie auch sonst allerlei Konsequenzen nach sich zöge.

Somit käme man zur wichtigen Streitfrage auch bei parteipolitisch neutralen Gewerkschaftsaufgaben: kommen wir mittels Opportunismus bzw. mehr oder weniger strengem Reformismus oder eines Radikalismus weiter? Sofort mit dieser Fragestellung wird auch nach Lage der parteipolitischen Verhältnisse die Sache selbst zugespitzt zu der Entscheidung: Demokratie oder Diktatur? Und nun kommen eben auch andere Gedanken und Bedenken hinzu, weitergehend als man sie für gewöhnlich und rein oberflächlich erstlich betrachtet. Ungewollt kommt man so auf die hohe Politik und wird hingeleitet, in Prinzipien und Epochen zu denken: Ist für ein Volk ein Regierungssystem nützlich und zuträglich, wenn es dies für ein anderes ist? Dem deutschen Wesen wird vielleicht mit Recht gesagt, in die Mitte zwischen dem Absolutismus des Russentums und der stark kapitalistisch-bürgerlichen Demokratie, eigentlich Oligarchie, der Westmächte gestellt, eignet seiner geographischen Lage und seelischen Veranlagung entsprechend die bestimmte Einhaltung einer rein demokratischen Mitte, ausgewogen in der Kräfteverteilung seiner Mächtigkeitsgruppen, also etwa ein Gemisch aus Parteien-Opportunismus mit je einem Quentchen Radikalismus von rechts und links.

Wie wirken sich nun die politischen Vorgänge in der Erkenntnis dieser Art in bezug auf die obigen Fragen bzw. der Beurteilung unserer gegenwärtigen Lage aus, die im Zeichen der Reaktion gegen die Revolutions„errungenschaften“ steht und die vom Kollegen —y— ganz richtig gezeichnet, aber falsch geschlußfolgert ist. Deutschland, das Land der Organisation, hat gleicherweise die fortschrittlichen wie die reaktionären Elemente in große umfassende Mächtegebilde zusammen gelegt. Ich habe in einem früheren Artikel dargetan, wie die ideologischen Hoffensseligkeiten auf die Zukunft und die in der Wirklichkeit daraus folgenden Enttäuschungen zu Schädigungen der ganzen fortschrittlichen Sache führen, die beidesmal durch gänzliche Verneinung oder einer unrichtigen Einschätzung der gegnerischen Kräfte entstehen und namentlich die notwendige starke Verteidigungsstellung gegenüber Angriffen auf Gewonnenes außer Acht lassen. Was wir nun gegenwärtig in Deutschland erleben, ist das Ausschlagen des politischen Pendels nach der rechten Seite, nachdem es in der Revolutionserscheinung, wenig durch unser eigenes Verdienst, sondern als Vermächtnis des verunglückten Krieges, überaus stark nach der linken Seite ausgeschlagen hatte. Wenn wir also gegenwärtig im Verfassungs-politischen eine Krise, eine gewisse Ausbalancierung der Lage sich bemerkstellen sehen, von Kräften getragen, die wir inzwischen durch *Forcieren unserer Kraft hätten bändigen können*, es aber sträflicherweise unterließen, so müssen wir uns selbst die Schuld zuschieben. Andererseits, wenn wir nun das Gegengewicht nicht aufbringen, um dies zu verhindern, kann uns an einer Entwicklung, die uns damals wider unser Verdienst in unsern Bestrebungen außerordentlich begünstigte, genau betrachtet, wenig liegen. Denn ein Fortschritt kann uns doch nur etwas wert sein, wenn er wirklich erregt, also eine Errungenschaft ist, die dank dieser hinter ihr stehenden Kraft unangestastet bleibt, zu mindesten auf keinen schwachen Boden steht. Nach solcher Lage der Dinge bleibe nun nichts anderes übrig, als nachträglich für die Revolutionsfortschritte einzustehen, da wir vorher nicht um sie zu kämpfen brauchten.

In diesem Betracht dürften die Folgerungen, die Kollege —y— an die Feststellungen des Tatsächlichen durchblicken läßt: nämlich radikaler vorzugehen, zum Teil wohl angebracht sein; weniger angebracht ist es, daß er sie aus der ideologischen Requisitionskammer politischer Romantik herholt. Er erwartet viel von „großen Führern“. Eine Masse, wie ein Volk, hat aber stets die Führer, die es verdient, d. h., es hebt solche hoch, die ihm für seine Absichten geeignet scheinen. Kollege —y— hofft auch viel von „großem Wagen“ und meint, anstatt der damaligen zehn Forderungen hätte es eine einzige besser getan, wenn . . . ja wenn. In Wahrheit wäre diese eine Forderung zehnmal schwerwiegender gewesen als jene zusammen und an Kühnheit, Hoffensseligkeit und — „Weltfremdheit“ unübertroffen. Glaubte er im Ernste an die damals auszuführende Durchsetzung seines einen Punktes: Abschaffung der absolut unnützen und schädlichen Reichswehr? Glaubte er an die Einsetzung „aller Macht und aller Mittel bis zur völligen Durchführung“, wenn sich in Wahrheit vielleicht kaum einige hundert Kühnlinge gefunden hätten, ein solches aussichtsloses Unternehmen und Wagnis in Szene zu setzen? Auch die Befürchtungen, daß sich bei uns ein Hörtj- oder Faschistenregime aufzun und etablieren könnte, kann ich nicht teilen, denn diese Kreise samt ihren Hintermännern bilden doch im organisierten Lande der begrenzten Möglichkeiten keine so mächtige Gruppe und würden auch für ihre Räuberromantik und Tyrannentaktik keinen genügenden Resonanzboden gewinnen um sich zu halten.

Als möglich, sehr wahrscheinlich und gerade noch als genug, befürchte ich als Ziel und Ende des unruhvollen Zustandes das Eintreffen von Überraschungen und Enttäuschungen auf dem Wege des mehr oder weniger friedlich sich vollziehenden Kräfteausgleiches, der dank der in unsern Kreisen so stark grassierenden Interesselosigkeit und Schläfrigkeit, auf deutsch: „orientalischen Stoizismus und Fatalismus“, „ordnungsgemäß“ zu unseren Ungunsten sich vollziehen wird. Es werden Überraschungen und Enttäuschungen sein, die namentlich auf die Hirten und Schafe jener gewissen Glaubens- und Hoffensseligkeit auf ideologische Zukunftswechselrezepte, Programmpunkte und „Forderungen“ desto katastrophaler wirken müssen, als sie jenem Glauben bedingungslos huldigen, um sich unbeirrt über alle Hemmnisse der Realität und augenblicklicher Notwendigkeiten — zuweilen mit leichtfüßigen logischen Bocksprüngen — hinwegsetzen. Vielleicht werden diese Ereignisse dann, wenn sie in schöner und herrlicher Vollendung thronen, mit radikaler Mächtigkeit und revolutionärer Gewalt in jenen Gemütern eine realere Sinnesänderung bewirken — was leider, wie so vieles andere, wiederum reichlich zu spät kommt.

Ad. Blum.

Was tut not.

Es ist niemand mehr im Zweifel darüber, daß die Krise auch unsere Berufe erfaßt hat und im ständigen Zunehmen begriffen ist. Wie nicht anders zu erwarten war, setzen auch bereits die Bemühungen der Unternehmer ein, das Lohnniveau herabzudrücken. Wir sind dadurch gezwungen besondere Maßnahmen zu ergreifen, um diesem Vorhaben der Unternehmer begegnen zu können. Es ist das Schicksal der deutschen Wirtschaft, daß die Beherrscher der Produktionsmittel der Auffassung sind, mit möglichst niedrigen Löhnen einen Wiederaufbau des deutschen Handels, der Produktion und des gesamten Wirtschaftslebens erreichen zu können. Man kann nicht annehmen, daß die Unternehmer wirklich so wenig Kenntnis der Zusammenhänge im Wirtschaftsleben haben, um nicht einzusehen, daß mit der Herabdrückung der Löhne sich die Lage nur verschlechtern kann. Unserer Auffassung nach, und danach ist auch stets in allen Gewerkschaften gehandelt worden, ist die Vorbedingung für eine geordnete gut florierende Wirtschaft, das Vorhandensein kaufkräftiger Konsumenten bzw. Abnehmer. Daß mit der jahrelang geübten Praxis der Unternehmer, die Löhne möglichst niedrig zu halten, letzten Endes der Ast abgegt wird, an dem die deutsche Wirtschaft hängt, muß jedem Einsichtigen klar sein; dies beweist ja auch der immer mehr zurückgehende Beschäftigungsgrad.

Wir können, wie gesagt, nicht annehmen, daß diese Binsenwahrheit nicht auch den Unternehmern bekannt ist. Wenn trotzdem alle Kräfte an der Niederhaltung der Löhne arbeiten, dann müssen dieser Haltung der Unternehmer andere Erwägungen zugrunde liegen, für die uns das Verständnis fehlt: Infolge dieses mangelnden Verständnisses ist es auch unsere Pflicht, alle Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, die Absicht der Unternehmer zu durchkreuzen. Im Gegensatz zu vielen anderen Gewerben, die infolge des schlechten Beschäftigungsgrades in den letzten Jahren nur ganz unwesentliche Lohnverbesserungen vornehmen konnten, handelt es sich für unsere Berufsangehörigen in erster Linie

darum, den bereits in zahlreichen Fällen, offen und versteckt aufgetauchten Bestrebungen der Unternehmer die Löhne abzubauen, einen Riegel vorzuschieben.

Wir werden zwar in Krisenzeiten nicht verhindern können, daß hier und da eine Senkung der Löhne eintritt, immerhin dürften wir mit geeigneten Mitteln hier regelnd eingreifen können. Andeutungen über die einzuschlagenden Wege wurden bereits in Nr. 2 der „Graphischen Presse“ im Leitartikel gemacht. Ich hatte angenommen, daß die hier gemachte Anregung sofort von der Kollegenschaft aufgegriffen und zu einer eingehenden Diskussion in der Presse gemacht würde. Da dies nicht geschehen ist, sei es aus dem Umstände, daß vielleicht angenommen wird, die Arbeitslosigkeit ist bei uns noch nicht groß genug, um über besondere Maßnahmen zu diskutieren oder mit einer vorübergehenden Erscheinung gerechnet wird, möchte ich doch versuchen dieses Problem in den Vordergrund zu schieben und den Kollegen empfehlen, schnell und wirksam einzugreifen.

Ganz mit Recht wird in dem genannten Artikel darauf hingewiesen, daß selbst eine Verdopplung unserer heutigen Beiträge, nur ein geringes Opfer bedeuten würde, gegenüber einem, bei unserer Untätigkeit ohne Zweifel den Unternehmern gelingenden allgemeinen Lohnabbau. Noch ein weiteres Moment ist zu berücksichtigen. Am 31. Mai läuft der Tarifvertrag für das Lithographiegewerbe ab. Wer garantiert uns dafür, daß unsere Unternehmer uns nicht mit wesentlichen Verschlechterungen beglücken werden? Sollte es nicht wegen dieser Gefahr äußerst angebracht sein, schon heute Maßnahmen zu ergreifen, die bei einer evtl. tariflosen Zeit, der gesamten Kollegenschaft zugute kommen?

Ich denke natürlich nicht daran, eine Verdopplung des Beitrages in Vorschlag zu bringen, halte es aber für dringend notwendig, einen Extrabeitrag zu erheben, der uns die Möglichkeit gibt, unsere ausgesteuerten Kollegen entsprechend unterstützen zu können. Etwa die Hälfte der Arbeitslosen ist jetzt bereits ausgesteuert, es ist heute noch nicht zu übersehen, wie lange die Krise anhalten und welchen Umfang sie annehmen wird, die in Arbeit stehenden Kollegen haben aber die moralische Verpflichtung, ihre arbeitslosen Kollegen nach Möglichkeit zu unterstützen. Ich möchte deshalb dem Verbandsvorstand empfehlen, von seinem statutarischen Recht Gebrauch zu machen und gemeinsam mit dem Beirat Beschlüsse zu fassen, die dem gegenwärtigen Zustand Rechnung tragen. An die Kollegen möchte ich die Aufforderung richten, diese Frage in der „Presse“ und in Versammlungen zu diskutieren und etwaigen Zweifeln die Notwendigkeit besonderer Hilfeleistung begreiflich zu machen.

Bellende Möpse.

Wer bisher der Meinung war, daß abgeschlossene Tarifverträge den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit verschleiern und einer Harmonieduselei den Weg bereiten, den dürften die Auswirkungen der herrschenden Krise eines Besseren belehren, wenn einer besseren Einsicht das Feld überhaupt offen ist. Nicht nur, daß sich die Großen in der Krisenzeit verpflichtet fühlen, dem Gewerbe dadurch zu dienen, daß sie unter Anwendung aller Mittel Lohnabbaubestrebungen huldigen, werden auch noch sonst allerlei Dinge in Szene gesetzt, die die lieben Arbeiter nach allen Regeln der Kunst nach Strich und Faden verprellen mußten. Es braucht gar nicht auf Einzelheiten eingegangen zu werden, um den Beweis dafür zu erbringen, daß trotz aller tariflichen Abmachungen der selbstverständliche und in den Dingen beruhende Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit in alter Heftigkeit lebt und jede Partei die Zeit für die Wahrung ihrer Interessen in Anspruch nimmt, die ihr eben als geeignet erscheint. — Wenn du es nicht fühlst, du wirst es nie erlangen.

Wenn die Großen am Werke der totalen Verprellung der Gehilfen sind, dürfen natürlich ein paar Kleine nicht fehlen. Das wäre ja auch noch schöner! Wie und wann soll man sich denn sonst in Positur setzen? Wenn die „Müllent“ von früh bis spät abends klappern und der Herr „Mitarbeiter“ gebraucht wird wie das liebe Brot, ist doch gar keine Möglichkeit, den Herrn im eigenen Hause zu kopieren. Also muß man schon die Zeit eines flauen Geschäftsganges ausnützen, um herauszustellen, daß man auch „Arbeitgeber“ ist und etwas „to seggen“ hat. Wenn dabei geschietes auch nicht herauskommt, so schadet das augenblicklich doch nichts, denn die Gehilfen, die man zu treten beabsichtigt, sind ja bei der Arbeitslosigkeit nach Ansicht dieser Unternehmer schnell zu ersetzen, falls sie sich erlauben sollten, gegen solches Unternehmertum aufzubegehren.

Nur um zu zeigen, wie ein Teil unserer „Krauter“ sich augenblicklich fühlt, folgende zwei Beispiele: In Glogau hockt die Weltfirma B. Doring. Wenn die Kollegen im Lande diese

Weltfirma nicht kennen, so zeigt das, nur ihre grenzenlose Unkenntnis auf dem Gebiete des graphischen Gewerbes. Wie uns aber glaubhaft versichert wird, soll diese Weltfirma über die Grenzen Glogaus und einiger nahe liegender Dörfer hinaus nicht bekannt sein. Diese Weltfirma hat nun unser dort beschäftigt gewesen Kollegen nahegelegt, seine Mitgliedschaft im Verbands aufzugeben. Die Firma kann nämlich das organisierte Gelump nicht ausstehen. Selbstverständlich sah der Kollege gar keine Veranlassung, seine Verbandsmitgliedschaft ob des Herzensbedürfnisses der Firma aufzugeben. Die Folge davon war die Kündigung wegen unzufriedenstellender Leistungen. Eine Vermittlung unseres Ortsvorsitzenden war unmöglich, weil Unnahbarkeit ihm das Betreten des Hauses verboten hat. Nun wird wohl wieder ein Hilfsarbeiter an der Maschine zufriedenstellende Leistungen hinlegen und durch seine Qualitätsarbeit endlich den Weltmarkt für das Gewerbe zurückgewinnen. Da die Firma Doring in Glogau organisierte Gehilfen nicht verküssen kann, möge auch kein Kollage Anlaß geben, durch Stellungnahme den Seelenfrieden der Firma zu stören.

Der andere Kunststempel, der den Verband aus den Angeln zu heben droht, ist die Geschäftsbücherfabrik Enke in Cottbus. Wie dort „Kunst“ gemacht wird, sei mit dem Mantel christlicher Nächstenliebe zugedeckt. Jedoch das Verhalten der Firma gegen die Kollegen soll davon ausgenommen sein, weil das Verhalten der Firma das sicher so verlangt. Obwohl Cottbus ein bedeutender Platz der Textilindustrie ist, scheint auch noch für andere Betätigung Raum zu sein. Die Firma Enke fühlt sich wenigstens als Bienenhaus; die Drucker sind darin die Bienen. Sie fliegen ein, sie fliegen aus, grad wie in einem Bienenhaus. Nur mit dem gewiß kleinen Unterschied, daß das Rausschleichen der Kollegen immer mit ziemlichem Krach verbunden ist. Selbst der friedlichste Kollege muß hier erfahren, daß mit des Geschickes Mächten kein ewiger Bund zu flechten ist und daß das Beständige in der Erscheinungen Flucht außer dem Wechsel der Gehilfen, die tariflich zu viel eingestellten Lehrlinge sind. In diesem Kunststempel werden nämlich bei einem Umdrucker zwei Drucklehrerlinge und bei zwei Lithographen zwei Lithographenlehrlinge gehalten. Es sind freilich auch noch zwei Maschinendrucker vorhanden, aber das ist eine Sache für sich. Neben einem Buchdrucker, der seine Kunst ungeniehmigt an der Zweifarbenoffset zeigt, mimt nämlich noch ein ehemals arbeitsloser Handlungsgehilfe höheren Flachdruck bei Enke. Beide sind selbstverständlich Gehilfen im Sinne des Tarifes, wie überhaupt die Firma tariftreu bis auf die Knochen ist, wenn man das als tariflich gelten läßt, was der Tarif ausschließt. Die Tarifreue der Firma Enke im gesegneten Cottbus besteht also darin, daß sie treu tut, was der Tarif verhindern soll. Daß sich die tariftreuen Gehilfen in Zukunft gegenseitig zerreißen werden, um bei der Geschäftsbücherfabrik Enke in Cottbus „Lohn und Brot“ zu finden, das darf als selbstverständlich vorausgesetzt werden.

Ganz gewiß machen diese kleinen Schwalben keinen Sommer, genau so, wie sie dem Verband und seinen Bestrebungen nicht in die Arme zu fallen vermögen. Sie sind vielmehr wie die bekannten Möpse, die den Mond anbellten. Jetzt ist ja dieses Anbelln nicht mit sonderlicher Gefahr verbunden. Und wenn die Zeiten wieder anders geworden sind, dann wird wieder der brave Tarifonkel ausgesteckt. Aber etwas mehr Aufmerksamkeit soll ihnen dann werden.

Welche Anforderungen müssen die Lithographen an den neuen Tarif stellen?

I. Mit dem 31. Mai d. J. erreicht der gegenwärtige Tarifvertrag sein Ende, und es erscheint mir deshalb nötig, zu untersuchen, welche Forderungen wir als Lithographen zu stellen haben, die bei einem Neuausschluß unbedingte Berücksichtigung erheischen.

In erster Linie muß der Zugang von Arbeitskräften zu unserem Spezialberuf auf einer anderen als der bisherigen Grundlage geregelt werden. Allerdings nicht im Sinne unserer Unternehmer, die so gern eine Erweiterung der zulässigen Lehrlingszahl, als eine angeblich unbedingte Notwendigkeit für das Gewerbe mit nach Hause bringen möchten, sondern es muß die Lehrlingszahl unbedingt beschränkt werden.

Es ist nach meiner Auffassung ein unhaltbarer und auch unerträglicher Zustand, daß z. B. nach § 5 Ziffer 9 des Tarifes in den Betrieben, die keine Gehilfen beschäftigen und einen Lehrling halten können, im letzten Lehrjahr ein weiterer Lehrling eingestellt werden darf. Wir haben also die Tatsache zu verzeichnen, daß in solchen Betrieben für die Dauer eines Jahres bei keinem Gehilfen zwei Lehrlinge zugelassen sind. Dieser Zustand wieder-

holt sich, aller zwei Jahre. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Zahl dieser Betriebe durchaus nicht so gering ist, wie im allgemeinen angenommen wird — ich erinnere nur an die Privatlithographien — so ergibt sich, daß die bisherige Tarifbestimmung eine Gefahr für unseren Beruf in sich birgt. Wenn man sich ferner vor Augen führt, daß, gemessen an der Gesamtzahl der Betriebe unseres Gewerbes, diejenigen, die mehr als fünf Lithographen im Durchschnitt beschäftigen, nur eine kleine Minderheit darstellen, so kann sehr leicht ermesen werden, daß in den meisten Fällen auf drei bis vier Gehilfen zwei Lehrlinge gehalten werden können, was sich gleichfalls alle zwei Jahre wiederholt. Die Sache selbst würde nicht so schlimm sein, wenn der Unternehmerverband seine Mitglieder nicht mit allen Mitteln zwingen würde, die tariflich zugelassene Lehrlingszahl unbedingt auszunutzen. Uns sind viele Fälle bekannt, wo die Betriebe nur mit größtem Unbehagen dem Zwange ihres Verbandes nachgegeben sind. Wenn Lehrlinge gegen den eigenen Willen der Betriebsleitungen eingestellt werden müssen, so kann man sich sehr leicht vorstellen, mit wie wenig Lust und Liebe deren Ausbildung erfolgt. In den meisten solcher Fälle dürfte die Unterweisung in die Geheimnisse unseres Berufes nicht so erfolgen, wie es unbedingt erforderlich ist, um wirklich brauchbare Arbeitskräfte heranzubilden. Man komme uns nicht etwa mit der Behauptung, das treffe nicht zu; wir wären sonst gezwungen, das Gegenteil zu beweisen und genügend Beweismaterial steht uns zur Verfügung. Die auf diese Weise ausgebildeten Arbeitskräfte sind für das Gewerbe nicht von Nutzen und werden dann später wegen nicht vorhandener Verwendbarkeit abgestoßen.

Das manuelle Tätigkeitsgebiet der Lithographie wird durch die Anwendung der Fläche, der photomechanischen Verfahren und der Verrierung der Farbenzahl in einem ganz bedeutenden Umfang eingeeengt. Der Bedarf an Arbeitskräften darf deshalb nicht an Verhältnissen der Vorkriegszeit gemessen werden, wo die moderne Technik noch nicht in dem gegenwärtigen Umfang in Anwendung kam. Die technische Entwicklung muß auch in der Zahl der zugelassenen Lehrlinge berücksichtigt werden. In welchem Umfang die Lithographie trotz Eroberung neuer Absatzgebiete durch die Photomechanik Arbeitskräfte freimacht, bzw. diese entbehren kann, lehren uns die von unserm Verbands aufgenommenen Berufsstatistiken. In Berlin waren z. B. 1911 in 147 Firmen 1130 Lithographen und 1913 in 126 Firmen nur noch 871 beschäftigt. Dieser Rückgang ist wohl in der Hauptsache auf die Folgen des Kampfes 1911-12 zurückzuführen; denn bis vor dem Kriege wurden photomechanische Verfahren in Berlin fast nicht angewandt. Am 1. Oktober 1925, also zu einer Zeit, wo in der Lithographie von einer Krise, wenigstens in Berlin, noch nicht gesprochen werden konnte, wurden in 136 Firmen, einschließlich der Kartographen und Modezeichner, nur noch 427 Kollegen, bzw. nur 325 Chromo- und Merkantilithographen beschäftigt. Dabei ist zu beachten, daß die in der Photographie tätigen Kollegen mit in der Zahl von 335 enthalten sind. Trotz der Hochkonjunktur ergab sich gegen 1911 ein Rückgang von rund 62 Proz. der Beschäftigten. So wie in Berlin, wird auch in allen bedeutenderen Druckorten der gleiche, bzw. ähnliche Rückgang zu verzeichnen sein.

Kann man unter solchen Umständen noch bestreiten, daß die Lithographie ein sterbender Beruf ist und behaupten, daß die Zuführung von neuen Arbeitskräften auf der bisherigen Grundlage eine Lebensfrage für den Beruf sei? Kann man der großen Zahl von Lehrlingen, die nach § 5 Ziffer 6 und in Anwendung der Ziffer 9 dem Gewerbe zugeführt wird, mit ruhigem Gewissen in Aussicht stellen, daß sie nach beendeter Lehrzeit auch beschäftigt werden kann? Wir als Gehilfen wollen und können nicht unverantwortlich handeln und müssen deshalb auf eine Änderung der Ziffer 6 und auf eine Streichung des zweiten Absatzes der Ziffer 9 hinwirken.

Dem Gewerbe dürfen nicht mehr Kräfte zugeführt werden, als es voraussichtlich in Zukunft im Durchschnitt zu beschäftigen vermag. Die Reservearmee, die die Unternehmer herbeischaffen und die sie sich mit allen Mitteln zu schaffen suchen, weil das Gewerbe angeblich ohne eine solche nicht existieren kann, ergibt sich schon aus den besonderen Konjunkturschwankungen in den einzelnen Betrieben und den allgemeinen im Gewerbe, dessen Absatzgebiete nie gleichmäßig davon betroffen werden.

Mit Vorstehendem habe ich eine der Fragen behandelt, die für uns Lithographen von Bedeutung sind. Einige weitere wichtige Fragen sollen in einem späteren Artikel besprochen werden.

Ortsberichte.

Düsseldorf. Die Ortsverwaltung der Mitgliedschaft Düsseldorf hatte ihre Mitglieder am Samstag, den 30. Januar zur Generalversammlung mit anschließender Familienfeier im unteren Saal des Volkshauses eingeladen.

Kollege Keller eröffnete die Versammlung 7 Uhr und ging nach kurzer Begrüßung zur Tagesordnung über. Letztere umfaßte folgende Punkte: 1. Geschäftliches. 2. Beschlußfassung über den Antrag des Kollegen Mittelbach, den Lokalkassenbeitrag um 20 Pf. zu erhöhen...

Zu Punkt 1 der Tagesordnung macht Kollege Keller Mitteilung, daß die Ortsverwaltung vor Weihnachten allen arbeitslosen Kollegen eine Weihnachtunterstützung in Höhe von 25 Mk. pro Mann, vorbehaltlich der späteren Zustimmung durch die Versammlung, ausbezahlt habe...

Die Unterstützung wurde lebhaft begrüßt und einstimmig gutgeheißen. Des ferneren wird von der Verwaltung der Antrag gestellt und einstimmig angenommen, allen arbeitslosen Kollegen, die weder in dem Genuß der staatlichen noch der statutarisch vom Verband vorgesehenen Arbeitslosenunterstützung stehen, eine Unterstützung in Höhe von zwei Drittel der statutarischen Arbeitslosenunterstützung gleich 12 Mk., und ferner den arbeitslosen Kollegen, die im Verband ausgesteuert sind und nur die staatliche Arbeitslosenunterstützung beziehen, ein Drittel der statutarischen Verbandsunterstützung gleich 6 Mk. wöchentlich aus lokalen Mitteln zu zahlen.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung setzt eine lebhaft Diskussion für und wider den Antrag ein. Dabei wurde von den Antraggegnern die Existenz der Volksfürsorge und des Freidenkervereins für Feuerbestattung in den Vordergrund geführt. Nach der sehr ergiebigen Diskussion wurde die Abstimmung auf die nächste Mitgliederversammlung vertagt, weil eine den Verbandsstatuten entsprechende ordnungsgemäße Abstimmung der anwesenden Gäste wegen schwer durchführbar war.

Zu Punkt 3 gab Kollege Keller einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung im verflossenen Geschäftsjahr. Anschließend daran führte der Vortragende aus, daß die Interessierung eines großen Teils der Kollegen für die gewerkschaftlichen Dinge bedauerlicherweise noch sehr viel zu wünschen übrig lasse. Insbesondere der Versammlungsbesuch gebe zu berechtigten Klagen Anlaß. Wenn die Kollegen erst einmal eingesehen hätten, was sie dem Verband alles zu danken haben und was sie besonders in der augenblicklichen Zeit noch alles erwarten müssen, dann wären die Versammlungen bis auf den letzten Platz gefüllt. An die Frauen der Mitglieder richtete Kollege Keller die dringliche Bitte, in den Fällen, wo der Mann der Gewerkschaftsbewegung nicht das nötige Verständnis entgegenbringt, doch ihrerseits einzugreifen und ihre Männer zur gewerkschaftlichen Pflichterfüllung anzuhelfen. Sie nützen dadurch in erster Linie sich selbst und ihrer Familie und ernteten gleichzeitig den Dank der gesamten Kollegenschaft. Ferner sei sehr zu rügen, daß viele Kollegen glaubten, mit ihren Beiträgen immer in ein- bis zweiwöchentlichem Rückstande bleiben zu können. Dies sei eine Versündigung an der Gesamtkollegenschaft, insbesondere aber an den Arbeitslosen. Unsere auf dem letzten Verbandstag beschlossenen sehr hohen Unterstützungssätze machen es uns, wenn wir sie aufrecht erhalten wollen, zur Pflicht, unser Kapital bis auf den letzten Pfennig zinsbringend anzulegen. Wenn aber jeder Kollege nur einen Beitragsrest beibehält, dann gehen uns Tausende an Zinsen verloren, was auf eine Pflichtvergessenheit zurückzuführen ist, die unverantwortlich ist.

Unter Punkt 4 der Tagesordnung wurde der Ortsvorstand in seiner bisherigen Zusammenstellung einstimmig wiedergewählt.

Nach Erledigung der Tagesordnung gings zum gemütlichen Teil über. Und von diesem kann gesagt werden, „es war wirklich ein gemütlicher Abend“.

Eine besondere Freude war es, als den Jubilaren. Kollegen Reiß und Leidermann, bei der Überreichung des Diploms gleichzeitig der Glückwunsch und der Dank des Vorstandes und der Mitgliedschaft Düsseldorf für ihre treue 25-jährige Mitgliedschaft ausgesprochen wurde.

Die Kollegen Brinner, Leidermann und Steinhartd leisteten vorzügliches an musikalischen Darbietungen, und brachten auch die Tanzbeine ordentlich in Bewegung. Der Kollege Grauter aus M.-Gladbach erfreute uns durch einige schöne Baßlieder und die Kollegen Rewet, Mohr und die Frau unseres Kollegen Blechstein sorgten dafür, daß das Zwerchfell in Bewegung kam. Alles in allem ein paar köstliche Stunden, die viel zur Pflege der Kollegialität und Solidarität beigetragen haben. Und dafür allen Mitwirkenden an dieser Stelle nochmals herzlichen Dank.

Pößneck. Wiederholt werden Auskünfte über Firmen in Pößneck in Saalfeld eingeholt. Pößneck ist eigene Ortsgruppe mit eigener Auskunftserteilung. Der Saalfelder Auskunftserteiler muß deshalb unnötiges Porto aufbringen, um uns die Karten zu schicken. Der nummehrige Auskunftserteiler ist: Willy Kuhl, Pößneck in Thüringen, Breitestr. 11, für alle Sparten.

Rundschau.

Hilfe für die Erwerbslosen.

Rechte Solidarität ist der beste Kitt freige-werkschaftlicher Organisation. Darin liegt auch die Bedeutung der Unterstützungseinrichtungen, die unser Verband sein eigen nennt, wie viele andere Verbände. Aber in solchen Notzeiten wie jetzt, reichen diese Einrichtungen nicht aus, um wenigstens der größten Not einigermaßen zu steuern. Es muß deshalb von allen Leistungsfähigen Extras geleistet werden. Da es sich bei Sonder-Unterstützungsleistungen an Arbeitslose zugleich um eine Abwehr unternehmerlicher Lohndrückerei handelt, erfolgt eine Sonderunterstützung der Arbeitslosen zugleich im Interesse der noch Beschäftigten. Aus diesem Grunde haben die Verbandsinstanzen des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen einstimmig beschlossen, daß alle in Arbeit stehenden Mitglieder dieses Verbandes im Laufe des ersten Quartals dieses Jahres drei Doppelwochenbeiträge zu leisten haben. Der erste Doppelbeitrag ist fällig am 6. Februar, der zweite am 20. Februar und der dritte am 20. März.

Ist es nicht Zeit, daß auch unsere Verbandsinstanzen die Erhebung von Extrabeiträgen beschließen?

Die Dividende der Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften sind gewissermaßen ein „Unternehmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen“. Da lohnt es sich, ähnlich wie die privatkapitalistischen Kreise, alljährlich einmal eine Bilanz aufzumachen, einen Vergleich zu ziehen, wie das „Unternehmen“ gearbeitet hat. Für das Jahr 1925 brauchen wir da nicht unzufrieden zu sein. Die amtliche Statistik meldet, daß die Löhne in verschiedenen maßgebenden Industrien vom Januar bis November 1925 gestiegen sind, für den gelernten Arbeiter pro Woche von 36,80 Mk. auf 46,— Mk. gleich 25 Proz. Der Lohn der ungelerten Arbeiter stieg im gleichen Zeitraum von 28,— Mk. auf 33,90 Mk. oder um 21 Proz. Die Teuerungszahlen für Februar und Dezember 1925 (im Januar erfolgte noch die alte Indexberechnung) belaufen sich auf 135,6 resp. 141,2 Punkte, das ist eine Steigerung um etwa 5,4 Proz. Wir dürfen also feststellen, daß durch die Tätigkeit der Gewerkschaften nicht nur die Teuerung ausgeglichen wurde, sondern darüber hinaus den Lohn der gelernten Arbeiter um reichlich 7,50 Mk. pro Woche, für den ungelerten Arbeiter um über 4,50 Mk. erhöhen konnte. Stellen wir diesen Erfolgen einen Verbandsbeitrag von wöchentlich durchschnittlich 1,— Mk. gegenüber, dann finden wir, daß den Arbeitern dieser Wochenbeiträge mit rund 400 Proz., den gelernten Arbeitern sogar mit 700 bis 800 Proz. zurückgegeben werden konnte. Die wöchentliche Einlage 1,— Mk., die Ausbeute je Woche 4,— bis 8,— Mk. Ist das kein guter Geschäftsabschluss?

Konzernbildung der Tapetenindustrie.

In der deutschen Tapetenindustrie beginnt bereits auch die Konzernbildung Fuß zu fassen. Insbesondere ist es die Tapetenfabrik Hansa,

Iven & Co. in Altona, die ihre Interessensphäre erweitert. Nach der Fachzeitschrift „Die Tapete“ umfaßt der Iven-Konzern zur Zeit folgende Betriebe:

- 1. Tapetenfabrik Hansa, Iven & Co., G.m.b.H., Altona.
2. Tapetenwerk Berolina, Berlin.
3. Tapetenwerk Frankfurt, Frankfurt-Bonames.
4. Tapetenfabrik Hansata-Linkrusta, Altona.
5. Tapetenfabrik Deutschland, G. m. b. H., Einbeck.

Vom Büchertisch.

Verordnung über Erwerbslosen-Fürsorge-Verlag Gewerkschaftskartell Leipzig, Zeitzer Straße 32. Preis 30 Pf.

Die Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 mit den Ausführungsbestimmungen vom 2. Mai 1925 ist vom Gewerkschaftskartell Leipzig neu herausgegeben worden. Die dritte Auflage enthält außerdem die 5., 6 und 7. Ausführungsverordnung vom 18. bis 21. Januar 1926, sowie die Bestimmung über Notstandsarbeiten vom 30. April 1925.

Bildnis Friedrich Eberts. Verlag der Reichsdruckerei, Berlin. Preis 2,50 Mk.

Zum Todestage Friedrich Eberts, der am 28. Februar sich jäh im Verlage der Reichsdruckerei das Bildnis des ersten Reichspräsidenten als Reichsdruck 981 erschienen. Das 27x34 cm große Blatt zeigt den mächtigen Kopf des Verstorbenen in einem fein durchgearbeiteten Originalkupferstich des Berliner Graphikers E. Smith, dessen sich nicht, in edelster Technik gegebene Darstellung des Mannes Ebert den vielen Freunden des Verstorbenen eine willkommene Gabe von unvergänglichem Werte sein wird. Das Bild kann durch jede Buch- oder Kunsthandlung bezogen werden. Die Vorkursausgabe mit China-Papierauflage kostet RM. 5,—.

Lehrbuch des Schachspiels. Einführung in alle Zweige des Schachspiels von J. Berger, 5. Auflage. Max Hesses Verlag, Berlin W 13. Preis geb. 2,50 Mk.

An Lehrbüchern und Anweisungen für das Schachspiel bestrebt man sich, die Theorie und die Praxis des Schachs unter dem Namen der Schachliteratur zusammenzufassen, so darf man überzeugt sein, daß ihm hierbei Gesichtspunkte leiteten, welche außer acht gelassen wurden. Wie sehr er mit seiner Darstellung das Richtige getroffen hat, beweist die rasche Aufeinanderfolge der Auflagen. Berger lehrt die Elemente des Spiels in knapper und verständlicher Form; er merkt dem Anfänger nicht zu viel auf einmal zu, benützt aber jede Gelegenheit, ihm einen Einblick in die Tiefen des Schachs zu gewähren und sein Interesse an Schach gefangen zu nehmen. So führt Berger unmerklich zu den Schwierigkeiten und Problemen des Schachspiels, besonders interessant und originell ist das Kapitel über Fehlernutzungen, bis er endlich bei der Besprechung der berühmtesten Meisterpartien und Kompositionen landet. Kurz, das interessanteste und schönste ausgestattete Buch, kann Freunden des Schachspiels und solchen, die es werden wollen, empfohlen werden.

Bekanntmachung.

Tarifamt für Deutschlands Chemigraphen, Kupfer-, Licht- und Tiefdrucker

Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 13, II.

Erklärung.

Das Tarifamt für Deutschlands Chemigraphen, Kupfer-, Licht- und Tiefdrucker hat sich in seiner Sitzung am 3. Februar 1926 mit den Angriffen des Herrn Max Hentschel in Nr. 5 der „Graphischen Presse“ gegen den unparteiischen Vorsitzenden des Tarifamtes für das Deutsche Lithographie- und Steindruckergewerbe beschäftigt. Da dieser Vorsitzende zugleich den Vorsitz im Tarifamt für Deutschlands Chemigraphen, Kupfer-, Licht- und Tiefdrucker führt, sieht sich dieses zu folgenden Feststellungen veranlaßt:

Das Tarifamt billigt jedem das Recht zu, Urteile des Tarifamtes sachlich zu kritisieren. Es hält es aber nicht für angängig, diese Kritik mit Angriffen gegen einzelne Tarifamtsmitglieder zu verbinden. Die Urteile des Tarifamtes kommen in gemeinsamer Beratung zustande, in der Gründe und Gegengründe erwogen werden und sich bestimmender Einfluß einzelner nicht herausbilden kann.

Zu den unparteiischen Vorsitzenden haben die Mitglieder des Tarifamtes das Vertrauen, daß er nach bestem Wissen und Gewissen niemanden zu Liebe und niemanden zu Leid bei Zustandekommen der Urteile mitwirkt. Berlin, den 3. Februar 1926.

Tarifamt für Deutschlands Chemigraphen, Kupfer-, Licht- und Tiefdrucker.

Fr. Burekhardt, A. Frisch, M. Sahn, E. Sandberg, Prinzipalsbesitzer.

O. Geyer, A. Hehr, E. Henseke, K. Reinhöft, Gehilfenbesitzer.

R. Köhler, Geschäftsführer.

Zinkdruckplatten Offsetplatten Zinkätzplatten

für Auto und Strich, prima Qualität

Karl Hess G. m. b. H., Berlin SO 36, Fernspr. Mor 12289.

Wir rufen unseren Kollegen August Gläser ein „Lebewohl“ zu und wünschen ihm alles Gute in seinem neuen Wirkungskreise. I. A. Ortsverwaltung Mannheim.

Fachliteratur! Das Berechnungswesen des Steindruckens von Weck. Preis inkl. Nachnahme 0,65 RM. Der Werdegang der Chromolithographie. Preis inkl. Nachnahme 5,— RM. Zu beziehen durch Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.

